

Presseinformation

226/2011

Kiel, 24. Juni 2011

Björn Thoroë kündigt Initiative für gebührenfreie Bildung an: „Bildung ist keine Ware und Studiengebühren sind nie sozialverträglich.“

Kiel. DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordert, den gebührenfreien Zugang zu den Hochschulen im Land zu erhalten. Die Landesrektorenkonferenz fordert sie auf, sich gemeinsam mit Studierendenverbänden, den Gewerkschaften und der LINKEN für den Erhalt der Gebührenfreiheit für die Studierenden und für eine auskömmliche Finanzierung durch das Land einzusetzen. Thoroë kündigt an, eine Initiative für Gebührenfreiheit im Bildungssystem in den Landtag einbringen zu wollen.

„Studiengebühren führen zu einer sozialen Auslese vor den Hochschultoren. Ob nachgelagert oder nicht: Die Angst, nach dem Studium mit einem Schuldenberg vor einer ungewissen Zukunft zu stehen, wird viele junge Menschen von einem Studium abhalten“, sagt Björn Thoroë, hochschulpolitischer Sprecher der LINKEN Landtagsfraktion. „Schon jetzt sind Studierende aus nicht-akademischen Familien an den Hochschulen in Schleswig-Holstein deutlich unterrepräsentiert. Studiengebühren wirken besonders für bildungsferne und finanziell schwache Familien abschreckend. Wer Studiengebühren in Schleswig-Holstein einführt, trägt die Verantwortung für ein rückwärtsgewandtes Hochschulsystem, das Potenziale vor der Tür verkümmern lässt, statt die Zukunft des Landes auf hohem Niveau weiter zu entwickeln.“

Die Landesregierung lasse zudem Konzepte und den Willen vermissen, die Hochschullandschaft Schleswig-Holsteins auf ein festes Fundament zu stellen.

„Die selbstverschuldete Schuldenbremse in der Landesverfassung ist nicht mehr als eine willkommene Ausrede für die Forderung nach Studiengebühren. Das tatsächliche Problem, nämlich die Einnahmeseite des Landes- und Bundeshaushaltes durch ein konsequent gerechtes Steuersystem verbessern zu müssen, löst sie aber nicht. Die Konsequenz ist klar: Studie-

ren soll in Schleswig-Holstein in Zukunft nur, wer das nötige Kleingeld hat. Wir fordern die Landesregierung auf, ihr Versprechen einzuhalten, keine Studiengebühren zu erheben und die angekündigten Investitionen in die Bildung zu tätigen. Die Landesregierung hat bis zum heutigen Tag kein vernünftiges Konzept vorgelegt. Vorlesungen in Kinosäle zu verlegen und Lehrbeauftragte unentgeltlich zu Mehrarbeit aufzufordern können keine ernst gemeinten Vorschläge des Wissenschaftsministers gewesen sein. DIE LINKE ist überzeugt: Bildung ist keine Ware, Studierende sind keine Kunden und Studiengebühren nie sozialverträglich!“, so Thoro abschließend.